



Brandstifter und Wadlbeißer

von Martin G. Petrowsky

Immer irrationaler werden die Diskussionen über die Entwicklung, die die Gesellschaft in Europa nehmen soll, über Fragen der Legitimität der Durchsetzung von Wertvorstellungen einer demokratischen Mehrheit oder der Bewahrung eines in Jahrhunderten gewachsenen kulturellen Rahmens („Leitkultur“). Das Oberhaupt der Anglikanischen Kirche in England fordert die partielle Einführung der Scharia bei Auseinandersetzungen zwischen Moslems, die Schweizer Bevölkerung spricht sich für ein generelles Verbot von Minaretten aus, und in Österreich verlangen viele Politiker im Einklang mit karitativen Organisationen eine großzügigere Akzeptanz von Zuwanderung, lehnen aber gleichzeitig die Errichtung neuer Aufnahmelager in ihrem Verantwortungsbereich vehement ab.

Unberücksichtigt bleiben in den Diskussionen meist zwei – nicht ganz unwesentliche – Tatsachen:

1. Die Zuwanderer, die wir nach Ansicht der Wirtschaftsfachleute und Demografen für die Aufrechterhaltung der Produktion und des Pensionssystems benötigen, können nur zum kleinsten Teil aus jenen Gruppen von Migranten gewonnen werden, die sich als Wirtschaftsflüchtlinge zwar eine bessere Zukunft erhoffen, meist aber weder die nötige Qualifikation (fachlich und sprachlich), noch die nötige Lern- und Anpassungsbereitschaft besitzen. Die zu Beginn der Gastarbeiterwelle in großer Zahl angeworbenen Hilfskräfte sind inzwischen ja überwiegend durch Maschinen ersetzt worden.
2. Genau diese Zuwanderer, also aus wirtschaftlichen Motiven illegal einreisende Menschen, die mangels Aussicht auf Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung ihre letzte Chance in einem Asylantrag sehen, werden offensichtlich massiv für (gesellschafts-)politische Ziele missbraucht. Ihre Führer, die sie oft gerne auswandern lassen, um derart die Arbeitslosigkeit oder ethnische Konflikte im eigenen Land zu mildern, statten sie – als einzige „Mitgift“, zu der sie fähig sind – mit missionarischem Selbstbewusstsein aus: Als „Vorkämpfer“ des Islams oder eines expansiven Türkentums (man denke nur an die gerne vom türkischen Premierminister Erdogan zitierte

Formulierung, die Moscheen seien die Kasernen der Muslime, die Gläubigen ihre Soldaten) haben sie trotz ihrer armseligen Situation eine bedeutende Aufgabe.

Somit ist der „Kampf der Kulturen“ bewusst vorgeplant und gewollt; auch gut organisierte Integrationsförderung wird ihn nicht verhindern können.

Die Herausforderung heißt „Selbsterhaltung“

Was wäre also zu tun?

- In die öffentliche Diskussion muss mehr Ehrlichkeit einziehen! Weder Österreich noch Europa insgesamt sind imstande, alle Armen der Welt, die dies wünschen, aufzunehmen und auf westlichen Lebensstandard zu hieven. Es wird also ohne eine den Möglichkeiten entsprechende Selektion nicht gehen; humanitärer Idealismus wird die „Sachzwänge“ nicht beseitigen.
- Nachhaltige Armutsbekämpfung, das wurde schon vielfach festgestellt, findet nicht durch Almosenverteilung an nicht vermittelbare eingewanderte Arbeitslose in den Industrieländern statt, sondern nur durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ in den von Armut am stärksten betroffenen Ländern. Dies setzt dort aber Regierungen voraus, die diese Hilfe wünschen und zulassen. Der notwendige Druck zur Beseitigung von Clan-Denken, Korruption und Repression wird auch hier nur durch Selektion – nämlich der kooperationsfähigen Staaten – erzeugt werden können. Natürlich sollen aber humanitäre Hilfsmaßnahmen nach Naturkatastrophen etc. weiterhin unabhängig von der Einstellung der lokalen Regierungen gewährt werden, da bei diesen Einsätzen die Hilfsorganisationen die Punktgenauigkeit der finanzierten Maßnahmen direkt kontrollieren können.
- Die Möglichkeit zu Hilfe und Solidarität werden sich die Industriestaaten nur erhalten, wenn sie



ihre Werte und Prinzipien verteidigen. Es gibt von einem ethischen Standpunkt nur wenige Gründe, die westliche Kultur als anderen Kulturen überlegen zu bezeichnen, ihre wirtschaftliche Überlegenheit, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, ist aber unbestreitbar und ihr Erhalt ist die *conditio sine qua non* jeder wirksamen Entwicklungshilfe. Die Vorstellung, etwa die Scharia auch nur in Teilbereichen (im Sinne einer der ethnischen entsprechenden kulturellen Vielfalt) anzuwenden oder zur Vermeidung von Konflikten im öffentlichen Raum auf christliche Symbole (Kreuze, Marterln) zu verzichten, ist kein Beitrag zur Problemlösung, sondern Selbstaufgabe.

- Man wird nicht umhin kommen, in Zukunft deutlicher zwischen der großen Mehrheit der integrierten oder integrationsbereiten muslimischen Mitbürger und islamistischen Agitatoren und ihren Anhängern zu unterscheiden. Österreich ist dabei insofern in einer besseren Ausgangssituation als Deutschland, als hier der seit rund 30 Jahren vom Staat geförderte islamische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, organisiert durch den Dachverband „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“, eine anerkannt integrationsfördernde Wirkung hat. Unbestreitbar ist leider jedoch, dass radikale Moscheevereine (vor allem in Deutschland) oder radikale Religionslehrer (auch in Österreich) demokratiefeindliche Parolen verbreiten und dadurch den Boden für die Anwerbung von Islamkämpfern und Selbstmordattentätern aufzubereiten versuchen. Es sei hier beispielhaft an jenen aus Deutschland ausgewiesenen Hassprediger erinnert, der danach in Österreich als Ausbildner für Islamlehrer tätig sein konnte.

Gegen solche Entwicklungen wird sich der Staat mit allen legalen Mitteln wehren müssen – bis hin zur Auflösung solcher Vereine; denn jede politische Partei mit ähnlichen Zielsetzungen würde selbstverständlich untersagt werden. Ein derartiges Verbot ist durch die Europäische Menschenrechtskonvention ausdrücklich vorgesehen, wenn es im Interesse der Sicherheit, der Moral oder für den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer geboten erscheint. Ebenso könnte es notwendig werden, den staatlich finanzierten Religionsunterricht (und das würde konsequenterweise für alle anerkannten Religionsgemeinschaften gelten) unter öffentliche Aufsicht zu stellen, um zu Intoleranz aufrufende Lehrer zum frühest möglichen Zeitpunkt zu

eliminieren. Denn die Bezahlung von Agitatoren aus dem Staatsbudget kann ja nur als wissenschaftliche Beschleunigung des eigenen Untergangs im Sinne von Max Frischs Stück *Biedermann und die Brandstifter* angesehen werden, und auch die liberalen Muslime werden für die Abwehr des islamistischen Totalitarismus dankbar sein. Wer diese Einschätzung für übertrieben hält, lese bitte die Analyse des deutschen Soziologen Dr. Aydin Findikci unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5665837>, der übrigens überzeugt davon ist, dass die große Mehrheit der deutschen Muslime ebenso für das Minarettverbot gestimmt hätte wie die Schweizer Bevölkerung.

Historische Vergleiche sind irreführend

An dieser Stelle scheinen einige Klarstellungen nötig:

1. Wenn der Berücksichtigung ihres „Integrationspotenzials“ bei Einwanderungswilligen das Wort geredet wird, betrifft dies natürlich nicht die Asylgewährung für politisch Verfolgte! Es ist äußerst bedauerlich, dass die gute österreichische Tradition eines großzügigen „Asyllands“ nun durch Bestrebungen gefährdet wird, alle einwanderungswilligen „Wirtschaftsflüchtlinge“ zu Asylanten umzufunktionieren.
2. Allein die ständige Verwendung des Wortes „Integration“ beweist, dass wir es heute mit einer völlig anderen Situation zu tun haben als damals, in den letzten Jahrzehnten der Donaumonarchie, als Hunderttausende arbeitswillige Bürger aus den entlegensten Provinzen in die Hauptstadt Wien zogen, um hier ihr Glück zu machen. Denn die Lacinas und Petrowskys, die Osmanovic' und Tadic', die Pavlins und Horváths kamen alle, um sich ein besseres Leben zu sichern und die schon aus der Ferne bewunderte Lebensart anzueignen – um selbst so rasch wie möglich zu werden wie ihre Meister oder ihre „Gnädigsten“. Und dies war nicht nur bei den Immigranten aus christlichen Ländern so, das galt, nach der Annexion, auch für die mohammedanischen Bosnier, sodass die Anerkennung ihrer damals in jeder Hinsicht toleranten und verfassungskonformen Religion durchaus folgerichtig war. Denn dies ist der große Unterschied: Damals war



Flucht

Helle Trede

Sie lassen
ihre Lieder zurück
unter einem Stein
mit dem sie ihr Land
versiegeln

sie finden sich
in fremden Sommern
von der Höhe des Tages
kommend
der Wind
nichts sagt
vom Blühen

Integration das selbstverständliche Interesse auch der Zuwanderer, heute ist es nur mehr das Anliegen der schon länger Ansässigen (unter denen sich natürlich auch viele ehemalige Zuwanderer befinden).

3. Unmenschliche Praktiken des Christentums (Stichworte „Kreuzzüge“ und „Inquisition“) vor 500 Jahren können nicht heute zur Relativierung der Fehlpositionierung des politischen Islams herangezogen werden. Vertreter von gesellschaftlich bedeutenden Institutionen sind an ihren heutigen Worten und Taten zu messen, wenn ein friedliches Zusammenleben sichergestellt werden soll.
4. Selbstverständlich darf man den Sprechern des Islams in europäischen Ländern nicht die Aussagen oder Handlungen verblendeter Taliban oder Mullahs in Afghanistan oder im Iran vorwerfen; man muss aber eine dezidierte Distanzierung von radikalen Kampfansagen, eine Mitwirkung bei der Eliminierung von Hasspredigern und eine konstruktiv gestaltende Rolle bei der Erziehung zur Integration erwarten. Es ist völlig inakzeptabel, wenn Menschen, die bei uns leben wollen, gleichzeitig den Kontakt zu den „andersgläubigen“ Mitbürgern als koranwidrige Sünde brandmarken.

Das Dilemma

Wenn als Voraussetzung für eine gute Bewältigung

der sich aus der Zuwanderung ergebenden kulturellen Probleme somit die selbstbewusste Verteidigung jener Errungenschaften angesehen werden kann, die ein friedliches und sozial ausgeglichenes Zusammenleben mit größtmöglicher individueller Gestaltungsfreiheit und funktionierender demokratischer Kontrolle der Staatsgewalt ermöglichen, ist doch offensichtlich ein Konsens über die Wertigkeit der konstituierenden Elemente unserer Gesellschaftsideologie, über Ursachen und Wirkungen nicht in Sicht. Christliche Ethik wird gegen Laizismus, Liberalismus gegen staatliche Lenkungs- und Wohlfahrtspflichten ausgespielt. Zweifellos hat die Aufklärung die Beseitigung eines unheilvollen weltlichen Machtanspruchs der Kirche erzwungen, zweifellos hat aber auch die christliche Moral, eingeflossen in die Philosophie der Neuzeit, wesentlichen Einfluss auf die Bildung einer humaneren Gesellschaft gehabt und insbesondere die grausamen Auswüchse der Französischen Revolution zu überwinden gewusst.

Europa müsste sich, nach den Katastrophen des Nationalsozialismus und des Kommunismus, klar darüber sein, dass eine humane Gesellschaft nur bei Berufung auf die transzendente Verantwortung allen politischen Handelns (© Dr. Klaus Hänsch, Präsident des Europäischen Parlamentes a. D.) sichergestellt werden kann – gerade auch die für die jüngste Wirtschaftskrise mangels allgemein anerkannter moralischer Grundsätze verantwortlichen Auswüchse erhärten diesen Befund.

Kruzifix-Debatte als Bankrotterklärung

Wenn aber in dieser unserer immer stärker „säkularisierten“ Welt schon eine Einigung über den Stellenwert unserer „christlichen Wurzeln“ und über die Nützlichkeit einer christlich ausgerichteten Politik nicht in Reichweite zu sein scheint, sollten doch – möchte man meinen – die Vertreter der christlichen Religionsgemeinschaften das ihnen wichtig Erscheinende gemeinsam so nachdrücklich wie möglich vertreten. Aber ach – welch jämmerliches Bild bieten wir Christen der Öffentlichkeit!

Aus Anlass der Diskussionen über die Anbringung der Kreuze in Klassenzimmern (ausgelöst durch einen Italien betreffenden Spruch des Straßburger Gerichtshofs für Menschenrechte) haben sich die



österreichischen katholischen Bischöfe zu einer klaren Stellungnahme durchgerungen: Wenn das Urteil auch für Österreich nicht anwendbar sei, sei es doch in seiner Tendenz, die an autoritäre Systeme erinnere, inakzeptabel, denn das Kreuz in Klassenzimmern verletze keineswegs die Religionsfreiheit, und unser Kontinent habe nur dann eine Zukunft, wenn er seine Wurzeln nicht leugnet. „Das Kreuz ist ein Sinnbild dieser Wurzeln“.

Viele Christen in Österreich haben diese Wortmeldung begrüßt; Leserbriefe in allen Tageszeitungen bewiesen dies. Und viele haben nun eine Unterstützung dieser Position seitens der anderen christlichen Kirchen erwartet.

Umso größer war die Überraschung, als sich – als

einzigem evangelischer Vertreter – der reformierte Universitätsprofessor Ulrich Körtner zu Wort meldete und sinngemäß sagte, die katholische Kirche versuche nur, sich in ihrer Krise eine neue Profilierungsmöglichkeit zu schaffen, und die Frage der Kreuze in den Schulen sei eigentlich keine ...

Eine Distanzierung von dieser aus der Schule der Wadlbeißerei stammenden Aussage lehnte der evangelische Bischof Michael Bünker strikt ab; über seine Argumentation lesen Sie bitte auf S. 55. Was bleibt, ist die Schlussfolgerung, dass der Frage nach einer überzeugenden Selbstdarstellung der Christen in unserer so religionskritischen Zeit offensichtlich keine Priorität eingeräumt wird.

Erstaunlich und schade!